

Stand: 30.06.2026 21:56:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6803

"Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder - Kommunale Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6803 vom 21.05.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7409 des KI vom 25.06.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 22.07.2025
4. Beschluss des Plenums 19/9015 vom 25.11.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 25.11.2025



Antrag

der Abgeordneten **Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder – Kommunale Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Modellregion Mittelfranken einzurichten, für die eine Bedarfsplanung an Hallenbädern erstellt wird. Bei der Erstellung der Bedarfsplanung soll auf die ausgewogene Stärkung aller Kommunen geachtet werden. Die Attraktivität der Kommunen und die Entwicklung des ländlichen Raumes setzen einen ausgeglichenen Bestand an sozialer Infrastruktur voraus. So werden die vorhandenen Einrichtungen in den Kommunen einbezogen, die Zahlen der schulpflichtigen Kinder, sowie der Aspekt der Entfernung der Schulen von den Hallenbädern und die anfallenden Fahrtkosten.

Folgende Punkte sollen beachtet werden:

- Die Bedarfsplanung soll in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden erstellt werden, denen die Planung in der Folge zur Verfügung gestellt wird. Die Kosten trägt der Freistaat.
- In der Modellregion soll in der Folge die Zusammenarbeit von kommunalen Sachaufwandsträgern für den Erhalt bzw. Neubau von Hallenbädern unter Berücksichtigung des Schulschwimmsportes, außerschulischem Schwimmunterricht und Ausbildung sowie Übungsmöglichkeiten für Rettungsschwimmer ermöglicht werden.
- Der Freistaat soll eine zielgerichtete Förderung für die genannten Zusammenschlüsse einrichten, die die Übernahme der Betriebskosten eines Lehrschwimmbeckens in Höhe von mindestens 50 Prozent der entstandenen Kosten vorsieht.
- Des Weiteren sollen die bestehenden Förderungen für den Neu- bzw. Ersatzneubau sowie die Sanierung von Schwimmbädern mindestens in bisheriger Höhe beibehalten werden.

Begründung:

Im Jahr 2024 starben in Bayern 70 Personen durch Ertrinken. Damit führt der Freistaat diese traurige Statistik an. Bayernweit wurden in den Jahren 2019 bis 2022 allein 15 öffentliche Bäder geschlossen. Die Wasserwacht des Deutschen Roten Kreuzes sowie die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V. (DLRG) rufen auch wegen der abnehmenden Schwimmfähigkeit der Bevölkerung zur Rettung der Bäder auf.

Die Schwimmausbildung von Kindern und Jugendlichen ist unerlässlich. Um diese – auch im Rahmen von Schwimmunterricht an Schulen – zuverlässig gewährleisten zu können, müssen flächendeckend Hallenbäder zur Verfügung stehen. Dies ist auch für

den außerschulischen Schwimmunterricht für Erwachsene, insbesondere auch Seniorinnen und Senioren, notwendig.

Aktuell existiert keine Bedarfsplanung, die ein lückenloses Netz an Hallenbädern gewährleistet. Dieses ist für das gesellschaftliche Leben, für den Vereinssport und für die Sicherstellung flächendeckenden Schwimmunterrichts jedoch unbedingt notwendig.

Die Herausforderungen für die Kommunen in Bezug auf den Erhalt der kommunalen Hallenbäder sind groß. Auch in Mittelfranken ist ein großer Teil der Hallenbäder sanierungsbedürftig. Dies ist vor allem in den aktuellen Zeiten der angespannten kommunalen Kassenlage ein Thema. Unsere Kommunen dürfen wir nicht im Regen stehen lassen. Betroffen sind auch die Landkreise Fürth und Neustadt a. d. Aisch–Bad Windsheim, insbesondere die Kommunen Stadt Zirndorf, Markt Wilhermsdorf, Langenzenn und Markt Erlbach, weshalb wir im ersten Schritt für den Bezirk Mittelfranken die Errichtung der Modellregion fordern.

Durch eine entsprechende Planung kann der aktuelle Bedarf ermittelt und ein Konzept erstellt werden, das nicht an der jeweiligen Gemeinde- oder Landkreisgrenze endet. Hierbei sollten die baulichen Zustände der einzelnen Hallenbäder einbezogen werden und die jeweiligen notwendigen Sanierungskosten Berücksichtigung finden.

Gleichzeitig kann durch die Bedarfsplanung herausgefiltert werden, welche Hallenbäder unbedingt erhalten werden müssen und wie hierbei die interkommunale Zusammenarbeit genutzt werden kann.

Weiterhin können in dieser Bedarfsplanung auch die Möglichkeiten der Form der kommunalen Zusammenarbeit (z. B. nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) oder anderen Rechtsformen) aufgezeigt werden.

Entsprechende Bedarfsanalysen können dann bayernweit auf weitere Regionen angewendet und ausgeweitet werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Griebhammer,
Volkmar Halbleib u.a. SPD**
Drs. 19/6803

**Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder - Kommunale Zusammenarbeit in
einer Musterregion Mittelfranken**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Christiane Feichtmeier**
Mitberichterstatler: **Jürgen Eberwein**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 4. Juni 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 25. Juni 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Roland Weigert
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung –
 Bereitschaft 2030
 JOIN(2025) 120 final
 BR-Drs. 156/25
 Drs. 19/6831, 19/7590 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge JOIN(2025) 130 final; Ratsdok. 7558/25
BR-Drs. 167/25
Drs. 19/6832, 19/7580 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge wird mit den auf Drs. 19/7580 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Spar- und Investitionsunion: Eine Strategie zur Förderung von Wohlstand und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in der EU
COM(2025) 124 final
BR-Drs. 120/25
Drs. 19/6833, 19/7592 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird mit den auf Drs. 19/7592 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus wird der Beschluss des Bayerischen Landtags unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss für Regionen:

Ein europäischer Aktionsplan für Stahl und Metall
COM(2025) 124 final
BR-Drs. 169/25
Drs. 19/6834, 19/7593 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Aktionsplan für erschwingliche Energie – Erschließung des wahren Werts unserer Energieunion zur Sicherstellung einer erschwinglichen, effizienten und sauberen Energieversorgung für alle Europäer
COM(2025 79) final
BR-Drs. 131/25
Drs. 19/6835, 19/7594 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Dekarbonisierung von Unternehmensflotten

COM(2025) 96 final

BR-Drs. 130/25

Drs. 19/6836, 19/7595 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zu einem Aktionsplan für Grundkompetenzen

COM(2025) 88 final

BR-Drs. 135/25

Drs. 19/6846, 19/7578 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben mit den auf Drs.19/7578 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Ein Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern: Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

COM(2025) 89 final

BR-Drs. 136/25

Drs. 19/6847, 19/7579 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Das Vorhaben mit den auf Drs.19/7579 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für den KI-Kontinent

COM(2025) 165 final

BR-Drs. 209/25

Drs. 19/6921, 19/7583 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs.19/7583 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Paket Europäische Netze
13.05.2025 - 05.08.2025
Drs. 19/6918, 19/7596 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
Drs.19/7596 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliche Konsultation zur Strategie für die Datenunion
(„Data Union Strategy“)
23.05.2025 - 18.07.2025
Drs. 19/6919, 19/7597 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
Drs.19/7597 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann,
Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml u.a. SPD
Umsetzung des Bayerischen Krebsregistergesetzes
Drs. 19/6404, 19/7525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichts Antrag: Planungsstand der Reform des Praktischen Jahres
an Bayerischen Kliniken
Drs. 19/6570, 19/7543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leben retten! Wiederbelebung in der Schule lernen!
Drs. 19/6580, 19/7545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Transparenz bei Behandlungsfehlern wagen!
Qualität im Gesundheitswesen verbessern!
Drs. 19/6581, 19/7538 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren I.:
Erhaltung von Kernkraft-Know-how in Bayern sicherstellen
Drs. 19/6597, 19/7247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren II.:
Forschungsstand zur Kernkraft in Bayern ermitteln
Drs. 19/6598, 19/7544 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren III.:
Aktuellen Stand der Endlagerproblematik beleuchten
Drs. 19/6599, 19/7248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Bürokratieabbau in Sachen Steuerbefreiung für Fahrzeuge
der Land- und Forstwirtschaft
Drs. 19/6605, 19/7532 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz für Patienten in psychiatrischen Einrichtungen –
Konsequenzen aus einem tragischen Vorfall
Drs. 19/6631, 19/7526 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbreitung antisemitischer Stereotypen und Narrative in Schulen
monitoren und wirkungsvoll bekämpfen!
Drs. 19/6683, 19/7550 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Kurorte in der Krise
Drs. 19/6727, 19/7528 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hütig, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Transparente und faire Versetzungsverfahren und Stellenzuweisungen von Lehrkräften
Drs. 19/6732, 19/7546 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Einschleusung beenden!
Drs. 19/6745, 19/7573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Verpackungssteuer ermöglichen – Schluss mit der Steuerverbotspolitik der Staatsregierung zulasten der Kommunen
Drs. 19/6746, 19/7408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Schulen schützen – Rechtsextremismus bekämpfen, Demokratie stärken
Drs. 19/6747, 19/7547 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Sachverständigenanhörung über die Einführung von Reallaboren und „regulatorischen Sandkästen“ in Bayern
Drs. 19/6758, 19/7558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
AfD-Forderung und CSU-Wahlversprechen einhalten: Lieferkettengesetze jetzt abschaffen!
Drs. 19/6801, 19/7553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung für angehende Ärztinnen und Ärzte im Praktischen Jahr
Drs. 19/6802, 19/7539 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder – Kommunale Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken
Drs. 19/6803, 19/7409 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Grundrechte queerer Menschen in Europa verteidigen
Drs. 19/6808, 19/7358 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam mit den Kirchen handeln:
Jetzt die Zukunft unserer Gotteshäuser sichern helfen
Drs. 19/6810, 19/7585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag des Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kommunalförderrichtlinie für ärztliche Versorgung auch für Landkreise als Maßnahmenträger öffnen
Drs. 19/6815, 19/7527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Integration und Bereitstellung von künstlicher Intelligenz (LLMs) in der Lehre bayerischer Hochschulen und Universitäten
Drs. 19/6821, 19/7540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Augsburger Eiskanal erhalten!
Drs. 19/6825, 19/7410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
100 Prozent Zuschuss im Abrechnungsjahr für Kitas
Drs. 19/6826, 19/7605 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler u.a. CSU Resilientes Bayern:
Berücksichtigung des Bevölkerungsschutzes bei Bauvorhaben
Drs. 19/6827, 19/7576 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen!
Drs. 19/6853, 19/7534 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Für die Stärkung von Heimat, Volk und Vaterland: Flagge zeigen!
Drs. 19/6859, 19/7586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schreibkompetenz verstärkt fördern
Drs. 19/6870, 19/7548 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft des Augsburgener Eiskanals sichern - verlässliche Trainings- und Wettkampfbedingungen auch bei Niedrigwasser
Drs. 19/6879, 19/7412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Anna Rasehorn, Holger Gießhammer u.a. SPD
Kommunale Selbstverwaltung achten:
Verbotspolitik der Staatsregierung beenden!
Drs. 19/6890, 19/7413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bürokratieabbau für Bayern: Zusammenlegung von Handels- und Transparenzregister
Drs. 19/6911, 19/7554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Potenzielle Voreingenommenheit privater Medien offenlegen
Drs. 19/6912, 19/7555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Gedenkort gegen Linksextremismus:
Die „Landshut“ nach Landshut holen!
Drs. 19/6929, 19/7551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot!
Drs. 19/6930, 19/7549 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Planungssicherheit für die Bayerische Filmindustrie:
Reform der Filmförderung zügig und vollumfänglich umsetzen!
Drs. 19/6938, 19/7556 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine zweite Runde:
Weg mit dem Sitzenbleiben, dafür Chancen schaffen!
Drs. 19/6939, 19/7587 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Serie von Brandanschlägen auf die Polizei
und Infrastruktur in Bayern
Drs. 19/6943, 19/7530 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Mehr Sicherheit an Bayerns Schulen –
Anstieg der Gewalt konsequent stoppen
Drs. 19/6945, 19/7588 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Ja zu Olympia in München und Bayern!
Drs. 19/6982, 19/7575 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Benachteiligung Bayerns bei der Windenergie:
Referenzertragsmodell beibehalten
Drs. 19/6984, 19/7557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Expertenanhörung zu den Auswirkungen auf Natur und Alpen sowie europäisches Umweltrecht durch das dritte Modernisierungsgesetz der Staatsregierung
Drs. 19/6986, 19/7533 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Chance nutzen, Pendler entlasten!
Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale
Drs. 19/7014, 19/7537 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Stärkung und Ausbau der lokalen Grundversorgung
durch gezielte Förderprogramme im ländlichen Raum
Drs. 19/7016, 19/7529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Begrenzung von Asylunterkünften in Bayern –
günstigen Wohnraum zuerst für Deutsche schaffen!
Drs. 19/7017, 19/7536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus bekämpfen I:
Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien
Drs. 19/7089, 19/7541 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

58. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus bekämpfen II: Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Studierendenaustausch intensivieren!
Drs. 19/7090, 19/7542 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

59. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold u.a. SPD
Bericht zum Schulversuch über eine Eingangsstufe an der vierstufigen Wirtschaftsschule
Drs. 19/7143, 19/7589 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für Buren aus Südafrika gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 Asylgesetz aufgrund begründeter Furcht vor rassistischer Verfolgung
Drs. 19/7189, 19/7574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Drs. 19/6803, 19/7409

**Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder –
Kommunale Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Jürgen Eberwein

Abg. Jörg Baumann

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Maximilian Deisenhofer

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. (SPD)

Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder - Kommunale Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken (Drs. 19/6803)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich darf wieder um etwas Ruhe bitten, und dann hat der Kollege Harry Scheuenstuhl von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über ein topaktuelles Thema,

(Anhaltende Unruhe)

weil Sie die Frage nach dem Erhalt Ihrer Bäder

(Glocke des Präsidenten)

in den Kommunen werden beantworten müssen. In den nächsten Wochen werden Sie mit Sicherheit gefragt. Wir reden buchstäblich über ein Thema, das über Leben und Tod entscheiden kann: das Schwimmenlernen. Wir reden über Orte, die für Zusammenhalt, Gesundheit und Lebensqualität stehen: unsere kommunalen Hallenbäder. Über die Hälfte der rund 870 öffentlichen Schwimmbäder im Freistaat sind sanierungsbedürftig oder dringend sanierungsbedürftig. Zwischen 2019 und 2022 wurden mindestens 15 Bäder endgültig geschlossen, und jedes einzelne davon ist eine regionale – zumindest eine regionale – Katastrophe für die Kommune, für Vereine, Verbände, Schulen, Kinder und Familien.

Gleichzeitig hat sich die Zahl der Grundschulkinder, die nicht schwimmen können, seit 2017 von 10 auf 20 % verdoppelt. Im vergangenen Jahr sind in Bayern 70 Menschen ertrunken. Das ist trauriger bundesweiter Rekord, der in diesem Jahr wahrscheinlich noch übertroffen wird.

Deshalb fordern wir mit unserem Antrag, dass der Freistaat eine Modellregion einrichtet, in der endlich eine Bedarfsplanung für Hallenbäder erstellt wird; denn aktuell gibt es keine einzige koordinierte Übersicht und kein Konzept, wo Hallenbäder fehlen, wo Sanierungen am dringendsten sind und wo die Schulen ihren Schwimmunterricht überhaupt noch planen können. Wir wollen, dass vorhandene Einrichtungen erfasst werden, dass Schülerzahlen, Schulstandorte, Entfernungen und Fahrtkosten berücksichtigt werden und dass daraus gemeinsam mit den Kommunen vor Ort ein realistischer Plan entsteht.

Die Kosten dieser Planung soll selbstverständlich der Freistaat tragen; denn wenn der Staat Schulschwimmen an Schulen vorschreibt, dann muss er auch dafür sorgen, dass die Kinder überhaupt irgendwo schwimmen lernen können. Das ist der Grundsatz der Konnexität, der bei den Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN in Vergessenheit geraten ist. Bei der Konnexität höre ich, zuletzt in den Ausschüssen, immer wieder das gleiche Mantra der CSU: Das ist Sache der Kommunen. – Ich habe außerdem gehört: Eine Bedarfsplanung sei gar nicht nötig, die Kommunen wüssten selbst, was sie brauchen. – Ja, natürlich wissen sie das; aber es fehlt Geld und die Gesamtübersicht, wo Versorgungslücken entstehen, wo Gemeinden gemeinsam planen können, wo sich eine interkommunale Lösung, ein Zweckverband, eine Defizitvereinbarung lohnt. Wenn jeder nur in seinen Gemeindegrenzen denkt, dann schließen am Ende alle das Bad und niemand lernt mehr schwimmen. Genau deshalb brauchen wir eine Modellregion, damit Kooperation nicht zufällig passiert, sondern koordiniert und unterstützt.

Hinsichtlich der Kosten stelle ich fest: Der Unterhalt eines Bades ist teuer, das ist keine Frage; aber Nichtstun ist noch teurer. Wir als SPD fordern deshalb eine Modell-

region Mittelfranken – da könnte man auch einen anderen Bezirk einsetzen, aber ich komme halt aus Mittelfranken –,

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist wenigstens ehrlich! – Allgemeine Heiterkeit)

eine transparente Bedarfsplanung, eine verlässliche Förderung für Sanierung und Betrieb und eine Übertragung des Modells auf ganz Bayern. In Mittelfranken ist ein großer Teil der Hallenbäder sanierungsbedürftig, und zwar dringend sanierungsbedürftig.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Im Landkreis Fürth beispielsweise stehen gleich mehrere Hallenbäder vor massiven Problemen oder wurden bereits geschlossen, darunter das Hallenbad Langenzenn, das Bibert Bad in Zirndorf und das Hallenfreibad in meiner Heimatgemeinde Wilhermsdorf. Im Anschluss fordern wir natürlich eine zügige Anwendung auf ganz Bayern.

Abschließend weise ich noch einmal darauf hin: Sie werden alle – egal, von welcher Partei – die Frage beantworten müssen, wo die Kinder in Zukunft schwimmen lernen sollen, wenn die Bäder geschlossen sind. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Während sich der nächste Redner, Jürgen Eberwein für die CSU-Fraktion, auf den Weg macht, gebe ich kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Freiheit und Privatsphäre schützen – Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern", Drucksache 19/5959, bekannt: Mit Ja gestimmt haben 26 Abgeordnete, mit Nein gestimmt haben 114 Abgeordnete. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

– Herr Kollege Eberwein, Sie haben das Wort.

Jürgen Eberwein (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr Antrag wurde bereits in zwei Ausschüssen abgelehnt, und zwar mit Recht und auch sehr gut begründet. Der Antrag hat schon in den Ausschüssen für ein bisschen Verwunderung gesorgt. Es erschließt sich mir nicht, warum er jetzt ins Plenum hochgezogen wurde, aber gut.

(Anna Rasehorn (SPD): Es könnte ja die Erleuchtung kommen!)

Sie beantragen also, dass der Freistaat Bayern ein paar Kommunen in Mittelfranken quasi an die Hand nimmt und für sie die Schwimmbadplanung übernimmt. Stichwort kommunale Selbstverwaltung: Wie verbindlich könnte so etwas rechtlich überhaupt sein? Aber gut. Selbst wenn das verfassungsrechtlich irgendwie gehen würde – was hätte das für einen Sinn? Das ist doch Humbug. Das Ministerium, besser: die Ministerien – es sind mehrere Ministerien beteiligt, zum Beispiel an dem ganzen Schulschwimmen – müssten erst einmal ermitteln bzw. sich berichten lassen, zum Beispiel darüber: Wie viele Schüler sind an den verschiedenen Schulen, die einen Schwimmunterricht bekommen sollen? Welche Trainingszeiten werden dafür benötigt? Welches Personal bei der Lehrerschaft oder extern steht zur Verfügung? Gibt es vor Ort Schwimmvereine oder Sportvereine mit Schwimmabteilungen, die Trainingszeiten brauchen? Gibt es vor Ort DLRG oder Wasserwacht, die Trainingszeiten brauchen? Welcher Bedarf an Wasserflächen ergibt sich daraus?

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Richtig, genau!)

Welche Bäder, welche Wasserflächen sind bereits vorhanden? Wie ist der Sanierungszustand? In welchem Zustand sind die? Wie ist die Anbindung, zum Beispiel an den ÖPNV? Welche Gemeinde wäre überhaupt bereit, ein Bad zu bauen oder zu modernisieren? Und, und, und.

Das alles müssten die Ministerien erst mal erheben und ermitteln. Dann würden sie am Runden Tisch wahrscheinlich vor der Karte sitzen und sagen: Da würde sich ein Bad anbieten. Da könnten wir es bauen. – Ist das tatsächlich Ihr Ernst? Das ist doch Unsinn! Wofür brauchen wir da den Freistaat Bayern?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Kommunen vor Ort wissen doch am besten, wie die genannten Voraussetzungen sind, die ich jetzt gerade aufgezählt habe, welche Bedarfe sich daraus ergeben, welche Wünsche es dahin gehend gibt, welche Kommune gegebenenfalls bauen würde usw. Die Kommunen können entsprechende Vereinbarungen treffen, Verträge schließen, Zweckverbände bilden – Sie haben es selber angesprochen –, interkommunale Gesellschaften bilden usw. Noch mal die Frage: Wofür brauchen wir da den Freistaat Bayern? Den braucht es dazu nicht. Das wäre auch das Gegenteil von Entbürokratisierung und Deregulierung.

Und dann soll das nur für eine Region in Mittelfranken sein, für eine Modellregion, Pilotregion. Diese Bedarfe bestehen ja in ganz Bayern. Das würde also einen Präzedenzfall schaffen, der aus meiner Sicht nicht sinnvoll ist.

Sie fordern auch wieder Geld: 50 % der Betriebskosten soll der Freistaat übernehmen. Es vergeht ja kaum eine Woche, in der die SPD nicht mehr Geld für dieses und jenes fordert. Das haben wir ja heute wieder in der Debatte zur Regierungserklärung gehört. Sie sagen aber natürlich nicht, wo das Geld herkommen soll

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Anna Rasehorn (SPD):
Doch!)

oder wo es an anderer Stelle wieder gestrichen werden soll. Das kommt von Ihnen nicht.

(Widerspruch des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

In Bayern gibt es über 860 öffentliche Bäder. Da sind natürlich alle Bäder dabei, das ist schon klar. Aber da zeigt sich schon, dass es völlig absurd wäre, dass der Freistaat die Betriebskosten in Höhe von 50 % in ganz Bayern übernehmen könnte. Das ist echt absurd. Das wäre ein Fass ohne Boden.

Für Bau und Sanierung von Bädern des Freistaats Bayern gibt es eine Förderung des Freistaats Bayern bislang noch in einem Sonderprogramm, zum Beispiel für Freibäder, aber auch im Rahmen des FAG für schulisch notwendige Wasserflächen. Für interkommunale Projekte, Herr Kollege, gibt es sogar einen Aufschlag im FAG. Da gibt es sogar zusätzliche Förderung.

Also: Der Vorschlag ist unsinnig, bürokratisch, ungerecht und nicht mal annähernd finanzierbar. Deswegen empfehle ich wie in den Ausschüssen die Ablehnung des Antrags.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Jörg Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Wir haben das in den Ausschüssen besprochen. Der Antrag wurde zweimal abgelehnt. Der Kollege Eberwein hat das gerade eben völlig sachlich, völlig richtig dargelegt. Wir brauchen hier nicht nach dem Motto zu verfahren: Es ist alles gesagt, nur nicht von jedem. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Hauber für die FREIEN WÄHLER. Bitte, Sie haben das Wort.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Harry Scheuenstuhl, der Antrag ist toll. Warum ist er toll? – Weil du dich dafür in deinem Stimmkreis feiern lassen willst. Das verstehe ich sehr wohl.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das wird nicht reichen!)

Du forderst eine Modellregion, natürlich in deinem engsten Kreis. Deine Heimatkommune und drei weitere Kommunen sind aufgeführt.

Warum ist der Antrag abzulehnen, obwohl er so toll ist? – Kollege Eberwein hat es gesagt: Diese Bedarfsplanung machen die Kommunen. In meiner Heimatgemeinde haben wir vor zwei Jahren die Bedarfsplanung durchgeführt für ein Hallenbad. Die Kosten sind errechnet worden für ein Schulschwimmbecken, vier Bahnen, ein kleines Planschbecken und eine energieeffiziente Heizung und Außenhaut. Kosten: 21 Millionen Euro, 6 Millionen Euro Kostenförderung vom Staat. Betriebskosten: jährlich 800.000 Euro.

Man kann sich also ausrechnen, was so ein Hallenbad kostet. Es scheitert in der Regel an der Finanzierung. Die Kommunen können es sich nicht leisten, und darum machen sie es auch nicht, egal ob man jetzt eine Modellregion macht oder nicht. Rechnen wir das hoch. Du möchtest die Hälfte der Betriebskosten erstattet haben. 800.000 Euro wären es bei unserem Bad gewesen, also 400.000 Euro für ein Hallenbad. In Bayern gibt es laut Bäderatlas 449 Hallenbäder. Das heißt, wenn man das hochrechnet, wären das rund 180 Millionen Euro an Betriebskosten, die der Freistaat zuschießen sollte.

Dann stellt sich die Frage: Warum nur Betriebskosten für Hallenbäder? Es gibt auch Freibäder, Sportanlagen oder Sporthallen. Wenn man da überall diese Betriebskosten übernehmen würde, wäre das ein Fass ohne Boden. Da wäre die Kommunalmilliarde schnell aufgebraucht. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor

(Anna Rasehorn (SPD): Von wem wohl?)

vom Kollegen Harry Scheuenstuhl.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Jetzt hast du ihn provoziert!)

Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich kann es nicht besser machen als der Kollege von der CSU und jetzt der Kollege von den FREIEN WÄHLERN, um die Problematik aufzuzeigen. Sie haben genau gesagt, was in dem Antrag drinsteckt und wo das Problem ist. Man fängt mit der kleinsten Stufe an und sagt: Was könnten wir tun? Wie könnten wir uns orientieren? Wie könnten wir eine Zusammenarbeit organisieren? – Ich bin nicht von oben hergekommen und habe gesagt: Macht sofort einen Zuschuss, macht sofort das, sondern da soll geprüft werden, wo der Bedarf ist.

Wenn wir als Freistaat Bayern fordern, dass die Kinder schwimmen lernen, dann ist es doch nur recht und billig, wenn wir da mithelfen. Die Betriebskosten würden sich nur auf die Bereiche des Schulschwimmens beziehen, nicht auf die Freizeitbadbereiche. Das wird die Kosten reduzieren. Aber ja, das Problem, wie schwierig das ist, ist ganz klar aufgezeigt worden. Ich hoffe, dass alle dann Antworten haben.

Es ist mein Heimatbereich, das stimmt. Es könnte auch jeder andere sein. Ich habe es im Ausschuss auch gesagt: Da kenne ich mich halt aus. Da weiß ich, wovon ich rede. Ich kann ja nicht über etwas sprechen, wo ich völlig blank bin. Wenn jemand das wissen will, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte kommen Sie zum Ende!

Harry Scheuenstuhl (SPD): – kann er das gern von mir einfordern.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Hauber.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Noch mal: Der Freistaat muss diese Bedarfsplanung nicht machen. Das kann jede Kommune machen. Die weiß, wie viele Schulen sie als Sachaufwandsträger hat. Dann kann ich ausrechnen, wie viele Sportstunden möglich wären. Dann errechne ich, wie viele Schwimmbahnen ich bräuchte. Das haben wir gemacht, das hat die Stadt Weißenburg gemacht. Genauso können es eure vier Kommunen auch machen. Da wird sich herausstellen: Jawohl, sie hätten Bedarf, vielleicht für ein etwas kleineres Hallenbad.

Aber aus meiner Sicht ist es einfach nicht mehr finanzierbar, nicht mehr zeitgemäß im Zuge des Klimawandels und in Bezug auf die Energieeffizienz. Man will nicht CO₂ produzieren. Darum sind Hallenbäder heutzutage einfach nicht mehr zeitgemäß. Ich glaube, es werden immer mehr Hallenbäder geschlossen, weil die Kommunen und auch der Freistaat sie sich nicht leisten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt noch der Kollege Max Deisenhofer. Bitte, Sie haben das Wort.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt muss ich dem Kollegen Hauber gleich am Anfang widersprechen. Ich glaube schon, dass wir auch zukünftig Hallenbäder brauchen, wenn wir ernst meinen, was bei uns im Lehrplan steht, nämlich dass jedes Kind am Ende der vierten Klasse schwimmen können soll. Das werden wir allein mit Freibädern nicht schaffen. Es gibt durchaus Kommunen, wo, wenn man es clever macht und man sich zusammentut, auch im Moment Neubauten möglich sind. Vor einigen Wochen hat in meinem Heimatlandkreis Günzburg die Einweihung eines neuen Hallenschwimmbades stattgefunden.

(Michael Hofmann (CSU): Ganz ohne den Freistaat?)

Da würde ich jetzt nicht den Abgesang auf die Hallenbäder insgesamt starten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu dem SPD-Antrag: Diesem werden wir wie schon in den Ausschüssen zustimmen. Ich glaube, ursprünglich gab es eine entsprechende kommunalpolitische Initiative von meiner Kollegin Barbara Fuchs. Die SPD hat diese auf ganz Mittelfranken ausgeweitet. Man kann sicherlich eine solche Modellregion bilden. Ob sie Mittelfranken oder sonst eine Region umfasst, ist eher zweitrangig.

Mir ist es wichtig, dass wir grundsätzlich, abseits von solchen eher kleinteiligen Diskussionen, die Schwimmfähigkeit insgesamt in Bayern noch einmal in den Blick nehmen. Da fällt halt immer wieder der große Sanierungsbedarf von inzwischen über 2 Milliarden Euro ins Auge, den wir bayernweit verzeichnen. Diese Lasten tragen vor allem unsere Kommunen.

Ich frage mich schon, warum eigentlich CSU und FREIE WÄHLER im zuständigen Ausschuss sogar einen Berichtsantrag, in dem es nur darum ging, festzustellen, wie hoch im Moment der Sanierungsbedarf ist, abgelehnt haben. Es drängt sich der Verdacht auf, dass man das Ausmaß, das die Problematik inzwischen angenommen hat, gar nicht sehen will, um mit alten Zahlen, die längst überholt sind, argumentieren zu können.

Das Schwimmen in Schulen wäre das zweite Thema. Zum einen fehlt es auch da oft an der Infrastruktur; wir haben einfach zu wenige Schwimmflächen. Zum anderen fehlt es an Lehrkräften mit Schwimmschein. Daher noch einmal der Aufruf an das Kultusministerium, entsprechende Anreize zu setzen, damit es genug Lehrkräfte gibt, die das am Ende auch machen wollen, und die Gruppen klein genug sind.

Wir haben doch jüngst erlebt, welche Sportbegeisterung es in Bayern, gerade in München, gibt. Wir haben uns hier mit dem Bürgerentscheid zu den Olympischen Spielen auf den Weg gemacht. Was wir uns nicht leisten können, ist, dass wir uns um die

Austragung der Olympischen Spiele bewerben – und vielleicht sogar den Zuschlag erhalten –, aber unsere Kinder nicht schwimmen können. Deswegen bleibt das eine Dauerbaustelle; man muss an mehreren Stellen mehr als bisher tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der SPD-Antrag kann einen kleinen Beitrag leisten. Deshalb werden wir ihm wie im Ausschuss auch zustimmen. Aber, wie gesagt, bitte nicht das große Ganze aus den Augen verlieren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, so ungefähr zumindest. Gegenstimmen! – Die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.